

THEMA DES TAGES

Wie Merz und Macron die Folgen eines Le-Pen-Siegs begrenzen wollen

Was wird aus dem deutsch-französischen Verhältnis, falls die nationalistische Rechtspopulistin die Wahl im Frühjahr gewinnt? Der Kanzler und Frankreichs amtierender Präsident treffen bereits Vorkehrungen, um die Folgen eines Machtwechsels einzudämmen



Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) und sein Team haben länger nach einem geeigneten Ort gesucht. Frankreichs Präsident Emmanuel Macron und seine zehn Kabinettsmitglieder, die zum deutsch-französischen Ministerrat anreisen, sollen gebührend empfangen werden. Auf jeden Fall in einer festlicheren Atmosphäre als auf Schloss Meseberg bei Berlin, einem besseren Gutshaus, auf das Olaf Scholz (SPD) und Angela Merkel (CDU) die Male zuvor geladen hatten. Merz verschmäht Meseberg ohnehin.

HANS VON DER BURCHARD
 („POLITICO“)

Am Ende fiel die Wahl auf eine Doppel-Kombination: Zunächst das imposante „Grandhotel Schloss Bensberg“ rund 20 Kilometer östlich von Köln, wo sich Kanzler und Präsident am Donnerstagabend für ein Vorabgespräch und anschließendes Essen treffen. Und für den eigentlichen Ministerrat am Freitag das Unesco-geschützte Schloss Augustusburg, 30 Kilometer weiter südwestlich in Brühl.

Die schicken Kulissen können jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass das

nachbarschaftliche Kooperationsformat unter so großer Unsicherheit steht wie nie zuvor: Üblicherweise einmal im Jahr kommen beide Regierungen zusammen, abwechselnd in Deutschland und Frankreich; dieses Mal ist es das letzte Mal vor der französischen Präsidentschaftswahl im kommenden April. Ob Paris danach überhaupt zu einem Folgetreffen einladen wird, ist angesichts des Vormarsches von Marine Le Pen mindestens unklar.

Denn die nationalistische Rechtspopulistin, deren Chancen auf einen Einzug in den Elysée-Palast besser als je zuvor sind, droht bei zentralen Projekten von Macron und Merz mit dem Bruch: etwa bei der im März angekündigten Neuausrichtung der französischen Nukleardoktrin, unter der sich Deutschland an strategischen Planungen und gemeinsamen Übungen der französischen Nuklearkräfte beteiligen und so unter den atomaren Schutzschirm kommen soll. „Die französische Abschreckungspolitik soll kein Instrument der europäischen Integration werden“, heißt es aus dem Le-Pen-Lager. Gleichmaßen steht ihre Partei den deutsch-französischen Rüstungsprojekten kritisch gegenüber und begrüßte das Scheitern des FCAS-Kampfs.

Großer Krach droht ebenfalls in Finanzfragen: So propagiert Le Pen eine Wirtschaftsagenda, die voraussichtlich mit hoher Neuverschuldung einhergehen würde. Im Kanzleramt und im Bundesfinanzministerium graut man sich bereits vor einem französischen Bruch mit der europäischen Finanzstabilität.

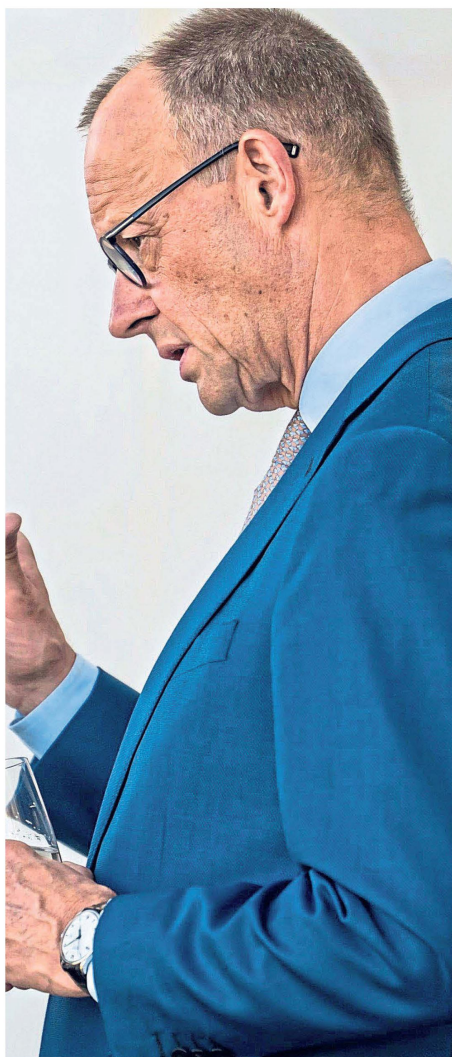
Aber auch bei anderen Europa-Themen stünden die Zeichen auf Eklat: So will Le Pen das französische Recht über das EU-Recht stellen und Frankreichs Beitrag zum EU-Budget halbieren. In der Vergangenheit trat sie sogar für einen Austritt aus dem Euro oder der gesamten EU ein („Frexit“). Der deutsch-französische Motor, mit dem Merz und Macron bisher die EU-Politik vom Bürokratieabbau bis hin zur Klimapolitik gemeinsam gestalten, käme zum abrupten Stillstand.

Bei ihrem Kabinettsreffen, das Vertreter aus zehn Ressorts beider Seiten zusammenbringt, setzen Merz und Macron daher auf eine besondere Strategie: Neben den drei Schwerpunkten Wettbewerbsfähigkeit, Förderung moderner Technologien und Verteidigungspolitik soll es auch um „Resilienz und People-to-People-Kontakte“ gehen. Hinter dem Thema verbirgt sich eine Verstärkung der

gesellschaftlichen Beziehungen unterhalb der Regierungsebene: etwa die grenzüberschreitende Ausbildung von Fachkräften, die vereinfachte Entsendung von Arbeitern ins jeweils andere Land und die Stärkung von Austauschformaten wie dem deutsch-französischen Jugendwerk oder der Hochschulförderung. Der Gedanke dabei: Die Beziehungen zwischen beiden Bevölkerungen und der europäischen Gedanken sollen stark bleiben, selbst wenn aufgrund eines Le-Pen-Sieges auf der oberen Ebene erst einmal Funkstille herrschen sollte.

Gleichzeitig zielt der Punkt „Resilienz“ auf eine vorbeugende Abwehr russischer Einflussnahme: „Wir wissen, dass unsere beiden Länder weiterhin das Ziel massiver Desinformationskampagnen sein werden, die auch auf den Wahlkampf in diesem Herbst in Deutschland und die Präsidentschaftswahlen in Frankreich im kommenden Frühjahr abzielen“, sagt der französische Botschafter in Deutschland, François Delattre. „Wir müssen daher unsere Kräfte bündeln, um diesen Kampagnen entgegenzuwirken und unsere demokratischen Werte zu verteidigen.“

Zur Resilienz gehört auch eine EU-weite Regelung für ein Social-Media-Verbot



Kanzler Friedrich Merz und Präsident Emmanuel Macron treffen sich zum deutsch-französischen Ministerrat, unter anderem im „Grandhotel Schloss Bensberg“ (l.). Dabei dürfte es auch um Marine Le Pen gehen

für Unter-13-Jährige, die Bundesfamilienministerin Karin Prien (CDU) mit Frankreich voranbringen möchte.

Bei den anderen Schwerpunkten Wettbewerbsfähigkeit und moderne Technologien besteht die Hoffnung, dass sich viele Projekte so weit vorantreiben und im Beamtenapparat verankern lassen, dass Le Pen sie im Zweifelsfall nicht so leicht aufkündigen könnte: Das betrifft etwa gemeinsame Initiativen zum EU-Bürokratieabbau, einer schärferen Handelspolitik gegenüber China oder auch künstlicher Intelligenz, Quantencomputern und Raumfahrt.

Da das einst exportverwöhnte Deutschland mittlerweile viel mehr Interesse an französischen Forderungen nach mehr europäischer Souveränität und Schutz vor unfairer Wettbewerb hat, besteht durchaus eine Chance fürs Vorankommen. „Wichtig ist es, gerade in den verbleibenden Monaten vor der französischen Präsidentschaftswahl Handlungsfähigkeit und Handlungswillen unter Beweis zu stellen“, sagt der Vorsitzende der deutsch-französischen Parlamentariergruppe im Bundestag, Roland Theis (CDU).

Vom Ministerrat kann zudem ein Impuls für die französischen Wahlen ausge-

hen, betont die Grünen-Politikerin Sandra Detzer, ebenfalls Mitglied der Parlamentariergruppe: „Frankreich wünscht sich von Deutschland schon lange mehr aktive Industriepolitik und einen starken Schutz des europäischen Binnenmarktes. Es wäre klug von der deutschen Bundesregierung, diesen Wünschen entgegenzukommen und damit das proeuropäische Lager in Frankreich zu stärken.“

Auch die Verteidigungspolitik ist am Freitag wichtiges Thema. Hier warnt Theis davor, dass die durch Merz viel erwähnte Aufrüstung der Bundeswehr zur „größten konventionellen Armee Europas“ in Frankreich historisch bedingte negative Reflexe hervorrufen kann. Er regt an, besser „unser Ziel als das zu beschreiben, was es ist: den unserer Größe entsprechenden Beitrag zur gemeinsamen europäischen Verteidigung leisten zu wollen.“

Nachdem Berlin und Paris durch das FCAS-Aus vor einem Scherbenhaufen stehen, soll nun ein neuer Impuls durch gemeinsame Projekte zur Abwehr ballistischer Raketen, durch die satellitengestützte Frühaufklärung von Gefahren und durch Langstreckenwaffen zur Abschreckung Russlands erzeugt werden. Dazu tagen Außenminister Johann Wadephul

(CDU) und Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) am Freitagfrüh mit ihren Pariser Amtskollegen zum separaten deutsch-französischen Sicherheits- und Verteidigungsrat auf dem Fliegerhorst Nörvenich; Merz und Macron kommen ebenfalls dazu. Bleibt noch ein letzter, aber zentraler Punkt der „Le-Pen-Absicherung“: der nächste mehrjährige EU-Haushalt. Merz dringt auf eine Einigung bis zum Jahresende, noch bevor in Frankreich die heiße Wahlkampfphase beginnt. So soll eine mögliche Wahlsiegerin Le Pen vor vollendete Tatsachen gestellt werden und gar nicht erst die Chance bekommen, die Verhandlungen durch ihre Forderung einer französischen Ausgaben-Halbierung zu sprengen. Damit dieses Ziel gelingt, müssen in diesem Herbst in Brüssel noch sehr intensive Verhandlungen unter hohem Zeitdruck geführt werden.

Bisher hat sich Macron jedoch zögerlich gegenüber dem deutschen Druck auf einen raschen Abschluss gezeigt. Und solange Berlin und Paris in der Haushaltsfrage nicht an einem Strang ziehen, gilt eine Einigung als äußerst schwierig. In der Kanzlermappe für das Gespräch mit Macron am Donnerstagabend dürfte dieses Thema somit weit oben stehen.